

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschussdrucksache 20(22)60

17. Oktober 2022

---

## **Stellungnahme Angelika Barbe**

---

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
Eckpunkte zur Einrichtung eines Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische  
Transformation  
BT-Drucksache 20/1764

Angelika Barbe, Dipl.-Biologin, Ex-DDR-Bürgerrechtlerin, MdB a.D.  
Sachverständige für die Fraktion AFD im Deutschen Bundestag Berlin, 10.10.2022

## **Gutachterliche Stellungnahme zur Einrichtung eines "Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit "**

Die Einrichtung eines "Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation" ist nach den Erfahrungen von 32 Jahren Deutscher Einheit zu befürworten. Allerdings sollte auch der Titel des Zentrums unter Beweis stellen, daß es in erster Linie um das Zusammenwachsen eines geteilten Volkes geht, das böserartige Zuschreibung von Politikern noch immer in Dunkeldeutsche (Ostdeutsche) und Helldeutsche (Westdeutsche) spaltet.

Ein Vergleich mit den osteuropäischen Nachbarn in Fragen der Aufarbeitung kommunistischer Hinterlassenschaften bleibt selbstverständlich reizvoll. Der Titel suggeriert aber einen Vorrang für europäische Transformation. Dieser schwammige Begriff läßt nach den Erfahrungen der letzten Jahre mit der EU-Administration Schlimmes ahnen. Seinen Zweck verfehlen würde das Zukunftszentrum, wenn es lediglich einen Etikettenschwindel vertuschen soll und ungewählte Brüsseler Bürokraten den Bürgern Themen vorschreiben- wobei sie ihre Interpretationen und die Deutungshoheit gleich mitliefern.

Diktaturerfahrene Ostdeutsche lassen sich aber keine Themen aufdrücken, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben - wie künstliches Gendern oder die angebliche Existenz von 60 Geschlechtern. In DDR- Schulen hatten wir zwar eine zum Erbrechen häufige Unterrichtung in Marxismus/Leninismus - aber wenigstens noch korrekten Biologie-Unterricht. Wir lernten, daß es zwei Geschlechter gibt, Mann und Frau -wie Biologie-Nobelpreisträgerin Vollhardt-Nüßlein bestätigt. Wer etwas anderes erzählt, hat im Westen Naturkunde abgewählt und sich stattdessen für Geschwätzlehre entschieden.

### **Aufgaben des Zentrums**

Es muß darum gehen, interessengeleitete Geschichtslügen richtigzustellen und den Opfern der SED-Diktatur ihre Würde wiederzugeben - wie im folgenden aufgeführt:

1.

### **Nachwirkungen der Maßnahmen Modrows war der Preis der Friedlichen Revolution**

Wir Ostdeutschen haben einen hohen Preis für die Friedliche Revolution gezahlt, den die SED für sich, ihre Macht und ihre Anhänger nutzte. Im Osten sehen viele Bürger die Entwicklung nicht „entspannt“. Sie haben unter der SED-Diktatur gelitten und müssen sich seit mehr als dreißig Jahren mit SED-Hinterlassenschaften und - zur Tarnung in andere Parteien untergeschlüpfte- Blockpartei-Funktionären vor Ort herumschlagen.

1. Am 1. März 1990-kurz vor den ersten freien Wahlen in der DDR- gründete Ministerpräsident Modrow noch die Treuhandanstalt, wobei er 1600 ehemalige Minister, Betriebsleiter, SED-,und Stasikader einsetzte, die schon die DDR ruiniert hatten. Diese Funktionäre verpulverten dann mit Glücksrittern West das DDR Volksvermögen
2. Modrow schleuste per Erlaß in die Institutionen des DDR-Staates SED-Kader und Stasimitarbeiter Ort in Arbeitsämter, Behörden, Schulen, Banken usw. ein.
3. Modrow setzte eine Kaderaktensäuberung durch, die es den -von SED-Chefs Entlassenen - unmöglich machte, eine berufliche Rehabilitierung zu bekommen.
4. Stasi-Offiziere und Polit-Kader konnten sich per Modrow-Gesetz als Rechtsanwälte niederlassen, die den Bürgern nach 1990 mit falschen Rechtsauskünften, verpaßten Terminen usw schadeten
5. Modrow erließ ein Vermögensgesetz, das den Systemprivilegierten Grundstücke und Häuser zuschanzte.
6. Die SED löste sich nicht auf, wie die ungarische KP. SED-Funktionäre und Stasi-Mitarbeiter sitzen in Parlamenten und in den Institutionen des Rechtsstaats, obwohl die Demon-

stranten in der Friedlichen Revolution gefordert hatten: „Stasi in die Produktion“ und „Stasi in die Volkswirtschaft“

7. Modrow weigerte sich, den Auftrag des Runden Tisches auszuführen und die Stasi aufzulösen, nannte sie nur um in Amt für Nationale Sicherheit (AFNS). Erst den mutigen Bürgerkomitees kommt das Verdienst zu, die Stasi- Schild und Schwert der SED -entwaffnet und entmachtet zu haben. Das kann ich als Beteiligte bezeugen.

## **2. Lügen der SED, die Verzerrung der Wirklichkeit durch die ÖR- Medien**

Solange sie nicht gestorben sind, lügen SED-Täter ungebremst weiter. Am Verschleierungs- parteitag im Dezember 1989 versprach Stasi-Spitzel Gysi (festgestellt durch den Immuni- tätsausschuß des Bundestags) 1. alle Verbrechen der SED-Diktatur aufzuklären, 2. alle Täter zu bestrafen, 3. die Opfer aus dem SED-Vermögen zu entschädigen. Nichts davon ist eingelöst. Stattdessen weigert sich die SED/Linke, zuzugeben, daß die DDR ein Unrechts- staat war und hofft auf die billige Gnade der Alt- und Blockparteien. Denn wo es keine Täter mehr gibt, verschwinden auch deren Opfer im gesellschaftlichen Vergessen.

Stasi-Spitzel Gysi ist in seinem Element, wenn er Bürger als moralisch minderwertig und als Nazis verhöhnt, die seine Scheinmoral ablehnen, er sei jetzt ein höherwertiger Flüchtlings- freund. Noch 1989 haben er und seine Partei auf Flüchtlinge schießen lassen. (C. Gueffroy) Die SED/Linke ist nach eigenem Bekenntnis vor dem Berliner Landgericht „rechtsidentisch“ mit der Unrechts-Partei SED, hat sich nie von ihr distanziert und ist auch keine „neue Partei“, wie Lafontaine nach seinem Übertritt von der SPD in die SED/Linke behauptete. Vom mil- liardenschweren Parteivermögen bleiben große Teile bis heute spurlos verschwunden.

Linke-Idole wie **Sarah Wagenknecht** haben sich ebenfalls nie eindeutig von ihrem früheren Lob für Stalin losgesagt. Ex-Parteichefin und jetzt Berliner Sozialsenatorin **Katja Kipping** mahnte, man dürfe die „Errungenschaften“ der DDR nicht vergessen. Was soll das sein- Mauer, Stacheldraht, Hunderttausende Zwangsenteignete, Hunderttausende Haftopfer und Millionen Flüchtlinge etwa? Ex-Parteichefin **Gesine Löttsch** will 1000 Wege zum Kommunismus versuchen- natürlich wieder mit den Bürgern als Versuchskaninchen.

Es ist und bleibt eine Schande, daß die für Morde und Terror verantwortliche Diktatur-Partei im Bundestag heute von den Kartellparteien (Meir/Katz) in der politischen Mitte der Bun- desrepublik) verortet wird. Sozialdemokraten, deren Mitglieder von der SED in Hitlers alte KZs gesperrt wurden, koalieren heute mit den Tätern. Selbst prominente CDU-Politiker befürworten Koalitionen mit der alten SED und halten sie in Thüringen sogar an der Macht. Jetzt fordert auch die *Zeit* [einen „lässigeren Blick“ auf die Diktatur](#) – wieder einmal, denn schon zu DDR-Zeiten begeisterte sie sich für den real existierenden Sozialismus. Vom dik- taturverschonten Hamburg aus sah man mit rosaroter Brille über die Opfer hinweg. Aus der Ferne macht Sozialismus Spaß, wie Bettina Röhl den Verrat westlich-dekadenter Intellektu- eller am Leiden von 17 Millionen Eingemauerten beschrieb.

Dies zeigt: Die Vergangenheitsbewältigung der zweiten totalitären Diktatur auf deutschem Boden ist weitgehend gescheitert. Als Konsequenz müßte der Begriff „Antifaschismus“ heute umgedeutet werden: Für den einstigen SPD-Chef Kurt Schumacher waren Kommunisten nichts anderes als „rotlackierte Nazis“. Echter „Antifaschismus“ müßte also bedeuten, daß endlich auch der rote Faschismus in der DDR aufgearbeitet wird. Mitsamt seinen politischen Vertretern, die heute wieder in diversen Bundesländern mitregieren, Enteignungs-Phantasien frönen und massiven Einfluß auf den politischen Zeitgeist und die Stimmung im Lande haben.

## **3. Friedliche Revolution**

DDR-Bürger wollten in der Mehrheit keine DDR mehr und auch keine Experimente. Sie ent- schieden sich in der Volkskammerwahl am 18. März 1990 zu 85% für Parteien, die für die Deutsche Einheit plädierten. Damit ist die SED-Propagandalüge ad absurdum geführt, die behauptet, die Bürger hätten eine reformierte DDR gewollt. Die Flucht der DDR-Bürger ging

auch nach dem Mauerfall weiter. Millionen wollten keine „reformierte DDR“ (was sollte das überhaupt sein?) Sie befürchteten, der SED weiter ausgeliefert zu sein. Deshalb *war der schnellstmögliche Beitritt zur Bundesrepublik die Gewähr für die Unumkehrbarkeit der Revolution*. Auch deshalb wollte sich die Mehrheit damals nicht auf eine langjährige Verfassungsdiskussion einlassen.

#### **Was ist das Vermächtnis der Friedlichen Revolution?**

Die Nationalsozialisten wurden von innen gestützt, von außen gestürzt. Die SED wurde von außen gestützt, aber von innen gestürzt. Auf diesen fundamentalen Unterschied verweist Historiker Prof. Jesse, von der Uni Chemnitz.

Die Unabhängigkeit, die Ostdeutsche im Kampf gegen die SED gewonnen haben, muß verteidigt und als Vermächtnis an die junge Generation weitergegeben werden. Unterwerfung wäre Verrat an der eigenen Geschichte. Es war ein selbstbewußtes Aufbegehren gegen die SED-Machthaber, die den Bürgern Würde und Stolz für immer nehmen wollten.

Es erinnern "gebührenfinanzierte Staatsmedien" (Matthias Döpfner), und Politiker mit Wortgeklingel nur an den "Mauerfall", der schließlich das Ende eines langen Prozesses war- nicht aber an die Friedliche Revolution.

Die westliche Politikelite schämt sich nicht, das Erbe der Friedlichen Revolution von 1989- den Sturz der SED-Diktatur durch ostdeutsche Bürger - auf dem Markt der politischen Eitelkeiten zu verramschen und die SED/Linke zu hofieren.

*Die SED/Linke wird zur vernünftigen Kraft der linken Mitte verklärt.* A.von Schlaun (Welt):

#### **4. Der 9. November wäre ohne den 9. Oktober nicht möglich gewesen.**

Wir Ostdeutsche haben den "Glücksfall" Deutsche Einheit mit großem Mut erst erkämpfen und uns vom Joch kommunistischer Gewaltherrschaft mit der Friedlichen Revolution selbst befreien müssen.

2019 erinnerten Medien und Politik mit hohlen Phrasen an den "Mauerfall", der nur das glückliche Ende eines langen Prozesses war. Die Vorkämpfer des 17. Juni 1953, 250 000 politisch Inhaftierte, die Ausreisebewegung, 3,5 Millionen Flüchtlinge (zwischen 1945-1989), mehr als 1000 Grenztote, mehr als 33 000 per Kopfgeld verkaufte politische Häftlinge, 500 000 gequälte Kinder in DDR- Kinderheimen, die Bürgerrechtsbewegung, Millionen Bürger auf der Straße, die alle den Sturz der SED bewirkten, kamen nicht vor und werden bewußt oder unbewußt "vergessen".

Der berechtigte Stolz auf den gewaltlos-aber mit Zivilcourage und Entschlossenheit erzwungenen Sturz der SED-Diktatur, wird heute von den SED-Tätern diffamiert. Keiner kann ermessen, was es bedeutete, die Angst vor den SED-Verbrechern zu überwinden, dabei Familie, Existenz und Leben zu riskieren und trotz Verbots auf die Straße zu gehen oder eine neue Partei zu gründen. Das alles geschah friedlich und führte zur einzigen erfolgreichen gewaltfreien deutschen Revolution.

**Jürgen Habermas erkannte das an, der den widerständigen Ostdeutschen bescheinigte, "in den besten Traditionen deutscher Politik und Geschichte“ zu stehen.**

**Deshalb sind sowohl der 9. Oktober, der den Sieg der gewaltlosen Friedlichen Revolution markierte, als auch der durch russische Panzer niedergewalzte 17. Juni wichtige Gedenkdaten ostdeutscher Widerstands-Geschichte –nicht aber der 9. November.**

#### **5. Bedeutung demokratischer Wahlen**

In der DDR gab es keine freie Wahlen- nur verhaßtes Zettelfalten. Auf den Zetteln waren die Vertreter der Nationalen Front aufgelistet. Ein Durchstreichen war nicht vorgesehen, die Ablehnung des sogenannten „Wahlvorschlags“ auch nicht. Es war eine Farce und fast jeder DDR-Bürger wußte es. Die Oppositionelle haben deshalb 89 die erstmals öffentlichen Wahlauszählungen flächendeckend in allen größeren Städten beobachtet und dokumentiert und konnten so den Wahlbetrug der SED nachweisen.

Die Gutachterin fragte Schabowski 10 Jahre später auf einer Veranstaltung in Zwickau, ob dem Politbüro nicht Zweifel am Zettelfalten und den angeblichen Zustimmungswerten von über 98 % gekommen wären. „Nein!“ antwortete er. „Überhaupt nicht, Wir waren felsenfest davon überzeugt, daß die Machtfrage für alle Zeit geklärt war.“

Davon scheinen heutige herrschende grün-rot-gelbe Linkssozialisten ebenfalls überzeugt zu sein und haben vor einem Jahr die Wahlen in Berlin gefälscht, verantwortlich SPD-Innenminister Geisel (einst SED-Mitglied). Sie haben den Bürgern das wahre Ergebnis gestohlen wie vor 33 Jahren in der DDR. Jetzt drücken sie sich vor Neuwahlen, wollen nur begrenzt nachwählen lassen. In Thüringen- läßt SED/Linke-Ministerpräsident Ramelow gar nicht mehr wählen- wie das SED-Politbüro. Dabei läßt er sich von der Blockpartei CDU tolerieren.

**6. „Warum gibt es keinen Lehrstuhl für Kommunismusgeschichte?“** fragt Historiker Kowalcuk zu Recht. An der Berliner Humboldt-Universität Berlin gibt es eine Professur für die Geschichte Aserbaidschans. An fast jeder Universität existiert ein Lehrstuhl für die Geschichte des Nationalsozialismus. Forderungen nach Lehrstühlen für DDR- und Kommunismusgeschichte werden seit dreißig Jahren erhoben, ohne Erfolg. ...

Auch bei wichtigen internationalen Debatten fehlen deutsche Beteiligte, weil ausgerechnet in Deutschland die Kommunismusforschung die DDR-Geschichte ausblendet. DDR-Geschichtsschreibung meidet den Zusammenhang mit der Kommunismusforschung.

Wie decken die Rahmenlehrpläne Thüringer Gymnasien die Geschichte der DDR und die Folgen einer kommunistischen Herrschaft vollumfassend ab, wenn erst in Klasse 10 über die „Entwicklung der beiden deutschen Staaten im Kontext der bipolaren Welt bis 1989/90“ gelehrt, jedoch die Gefahren und Auswirkungen eines sozialistisch geführten Regimes wie das der DDR vernachlässigt wird?

Wie ausgewogen ist Geschichtsunterricht, wenn in der Oberstufe Thüringer Gymnasien von den Schülern erwartet wird, „zu gesellschaftspolitischen Diskursen über Nationalsozialismus, Widerstand, Holocaust und Verantwortung heutiger Generationen Stellung“ nehmen zu können, dies aber nicht für Sozialismus/Kommunismus, Mauerbau Schießbefehl und die Verantwortung heutiger Generationen gilt?

Selbstverständlich wird mit solch zeitlich verengter Geschichtsinterpretation eine äußerst verzerrte, eindimensionale und tendenziöse Lehrmeinung an junge Menschen weitergegeben, die sich nahtlos an den Geschichtsunterricht der DDR anlehnt und damit lediglich alle Merkmale sozialistischer Propaganda erfüllt. Damit soll von unzähligen Verbrechen der SED abgelenkt werden, die laut Verfassung die „allein herrschende Partei der Arbeiterklasse“ in der DDR war und dafür Verantwortung trägt. Noch erbärmlicher ist das zweite Motiv, das sich dahinter versteckt - damit sollen die Leiden der SED-Opfer vergessen und die Opfer selbst gedemütigt werden. Wenn aber Grundtatsachen vorenthalten werden, kann niemand ein korrektes Urteil fällen. Es fehlt die gesellschaftliche Ächtung des real existierenden Sozialismus/Kommunismus und seiner Verbrechen wie es beim Nationalsozialismus und seiner Verbrechen selbstverständlich ist.

## **7. Die gesellschaftliche Ächtung des real existierenden Sozialismus/Kommunismus und seiner Verbrechen gehört nach 32 Jahren auf die Tagesordnung**

**Der 23. August erinnert an beide totalitäre Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Die Opfer beider deutscher Diktaturen verpflichten uns,** diesen Tag fest in den Gedenkkalender unserer Nation einzutragen zumal das Europaparlament vor 13 Jahren (2009) den Beschluß faßte, den 23. August (Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes 1939) zum "Europäischen Gedenktag an die Opfer von Stalinismus/ Kommunismus und Nationalsozialismus" zu erklären. Der verbrecherische Pakt jährte sich 2022 zum 83.igsten Mal.

Über 200 Wissenschaftler, Politiker, Journalisten fordern in einem Appell weltweit ein **"Nürnberg des Kommunismus"**. Hauptinitiator ist Philosoph Renato Christin. Auch das

Europäische Parlament hat in einer Resolution Nationalsozialismus und Kommunismus geächtet. Dort lassen sich die Osteuropäer nicht den Mund verbieten.

Solange die Entsorgung der kommunistischen Ideologie auf den Müllhaufen der Geschichte und damit ihre Ächtung nicht stattfindet, solange ist einiges faul in deutschen Landen. Wahrscheinlich geht in Deutschland deshalb nichts mehr voran, weil nicht nur Arbeitsamtsstatistiken, Kriminalitätszahlen, die Wahlen in Berlin, überhaupt die Wahrheit gefälscht wird.

### **8. Tausende Absolventen der Akademie für Staat und Recht und handverlesene SED-Juristen bekleiden noch heute wichtige Positionen.**

Es wird behauptet, Ostdeutsche wären in wichtigen Positionen unterrepräsentiert. Das ist nicht wahr. „Zu Tausenden finden sich heute in Brandenburg, auch bundesweit, in wichtigen Positionen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, ehemalige Absolventen der Akademie für Staat und Recht der DDR, Abgeordnete und deren Mitarbeiter, zahlreiche Anwälte, Lehrpersonal an Universitäten. „Kaum jemand gibt diesen dunklen Fleck im Lebenslauf an“, so Historiker Appellius.

Dazu gehört **Martina Weyrauch**- seit 2000 Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung in Brandenburg. Weyrauch lobte in ihrer Doktorarbeit das Strafrecht der DDR als „Baustein im Gefüge der juristischen Garantien der Menschenrechte“. Es schaffe „umfassenden Rechtsschutz gegen Folter und Sklaverei und sichert gesetzlich, daß niemand willkürlich festgenommen oder verhaftet werden kann“. Das Recht auf Glaubens-.Gewissens- und Religionsfreiheit sowie das Recht der freien Meinungsäußerung würden durch das Strafrecht der DDR „geschützt und Verstöße gegen diese Grundrechte kriminalisiert“.

**Petra Köpping**, einst SED-Bürgermeisterin in der DDR, jetzt SED/SPD- Sozialministerin in Sachsen ist ebenfalls SED-geprüfte „Staatswissenschaftlerin“

**Carola Wille** –Intendantin des MDR, ist SED-Juristin

Ein politischer Berufsabschluß wie **Diplom-Staatswissenschaftler** ist mit keinem BRD-Abschluß vergleichbar und nach Art. 37 Abs. 1 Satz 2 EV besteht kein Anspruch darauf, eine Anerkennung dahingehend zu erhalten, dass der Abschluss als Diplom-Staatswissenschaftler einem Abschluss als Diplom-Verwaltungswirt (FH), der an einer Universität oder einer gleichgestellten Hochschule in dem Teil Deutschlands erworben wurde, in dem das Grundgesetz bereits vor dem 3. Oktober 1990 galt, gleichwertig ist. (VG Potsdam, Urteil vom 18.05.2010 -3K 803/06.) Die Ausbildung diente nach dem Willen des Ministerrats der DDR der ständigen klassenmäßigen Stärkung des sozialistischen Staatsapparates und der Erhöhung der marxistisch-leninistischen Kenntnisse der Leiter und Mitarbeiter der Staatsorgane und der Entwicklung ihrer politischen und fachlichen Fähigkeit, schöpferisch die Politik der SED im Interesse der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zur weiteren Festigung der Arbeiter- und Bauernmacht und ständigen Erhöhung ihres internationalen Ansehens zu verwirklichen (BAG, Urteil vom 20. Mai 1999 - 6 AZR 610/97 - NJW 2000, 1516 <1518>).

### **9. "Die Westdeutschen verzeihen den ostdeutschen Tätern das, was die ihnen nicht angetan haben." Rudolf Wassermann-Oberlandesgerichtspräsident**

Die Gutachterin kennt die Schicksale Hunderter Unschuldiger persönlich, die in den SED-Gefängnissen für ihre Zivilcourage bestraft wurden, weil sie dem Diktaturregime widerstanden. Etliche SED-Verfolgte sind bis heute nicht rehabilitiert, wie die Verfolgten Schüler, die kein Urteil vorweisen können und damit keine Entschädigung erhalten.

**Zwangsausgesiedelte** an der innerdeutschen Grenze wurden ebenfalls nie entschädigt oder rehabilitiert. Das von der Politik versprochen **Denkmal für die Opfer des Kommunismus/ Sozialismus**, ist im Abgrund des Vergessens verschwunden.

Zuerst haben diktaturverschonte Sozialdemokraten ihr Wort gebrochen und damit der Partei das Genick. Jetzt kündigt auch die CDU den antitotalitären Konsens der Demokraten. Sie verrät die Opfer der SED-Diktatur und das Erbe der Friedlichen Revolution.

**Das Thema „DDR-Unrecht“ wird z. Bsp. in Thüringen im Unterricht nicht thematisiert.**

Eine eventuelle Aufnahme des Themas „Unrecht in der DDR“ in die Thüringer Lehrpläne wird nach 32 Jahren deutscher Einheit gerade erst diskutiert

Über „Unrecht in der DDR“ wird laut existierender Lehrpläne erst gar nicht informiert. Die Unkenntnis wird sogar mit Lügen potenziert. Solange SED-Unrecht im Schulunterricht nicht verbindlich im Lehrplan steht, können die noch immer in den Institutionen des Rechtsstaats sitzenden Täter auf das Vergessen hoffen und die Opfer damit immer und immer wieder demütigen. Junge Menschen müssen über die Menschenrechtsverbrechen beider deutscher Diktaturstaaten- der nationalsozialistischen und der realsozialistischen- Bescheid wissen.

Dazu fand Prof. Klaus Schroeder - Leiter des Forschungsverbunds SED-Staat der Freien Universität [Berlin](#) bereits 2008 in einer herausragenden überregionalen Studie heraus, daß deutsche Schüler nur sehr wenig über die DDR wissen. Nirgends sei das Defizit so dramatisch groß wie in den neuen Bundesländern der „kleinen DDR“, Einen Grund dafür sieht DDR-Experte Schroeder auch in der Arbeit einiger Landeszentralen für politische Bildung. „Was dort zum Thema DDR gemacht wird, ist gehobene Weichspülung.“

2021 -60 Jahre nach dem Mauerbau 1961 konstatierte Prof. Schröder im Interview der Tagespost-bei den Deutschen nach wie vor ein sehr geringes Wissen über die DDR-das gelte für die Bevölkerung insgesamt:„Je mehr man nach Westen kommt, um so geringer sind Kenntnisse.“ Die Geschichts-Unkenntnis einer ganzen Lehrergeneration wird mit Lügengeschichten in den Schulbüchern noch verstärkt.

Dazu untersuchte Dr.Hubertus Knabe die deutsche Schulbuchlandschaft und fand haarsträubende Zitate: 1. **Im Geschichtsbuch Oberstufe heißt es: „Ein Grund für die Loyalität der DDR-Bürger waren der langsam, aber stetig wachsende Lebensstandard und die Arbeitsplatzgarantie.“** Von willkürlichen Entlassungen, Berufsverboten politischer Gegner, Verhaftungen, Sippenhaft und Ausgrenzung, sowie dem DDR-Bankrott erfährt der Schüler nichts. 2. **Laut Zeiten und Menschen besteht bei der DDR „heute die Gefahr einer einseitigen Aufarbeitungsrichtung ihrer Geschichte als ‚Verlierer‘.** Dieses Zitat des Historikers Lutz Niethammer zeigt, wie eine bestimmte Generation westdeutscher Historiker den Blick auf Ostdeutschland falsch deutet.

3. Höhepunkt ist ein vierseitiger Essay im **Geschichtsbuch Oberstufe, in dem der Mauerfall am 9. November auf die westdeutsche 68er-Bewegung zurückgeführt wird.“**

Reines Wunschdenken einer uninformierten linkssozialisierten Journaille wird den Schülern in Form von Lügenpropaganda aufgetischt.Im Westen war es chic, gegen den bundesdeutschen Rechtsstaat zu sein – nicht aber gegen die SED-Diktatur. Grün-rot-linke Ideologen bekämpften einen westdeutschen Rechtsstaat, den wir im Osten ersehnten.

Wir dagegen trugen die Tradition des Prager Frühlings von 1968 weiter- die Tradition von Gewaltlosigkeit, Argument, Gegenargument und Debatte. Wir lehnten die Methoden der West-68iger ab, Gewalt, Freund-Feind-Denken. Niederschreien der Andersdenkenden und Diffamierungen politischer Gegner.

Selbst viele westdeutsche Politiker haben vor dem Untergang der DDR, „Diktaturen ganz unterschiedlicher Schattierungen“ nicht mehr als „Unterdrückungssysteme“ wahrgenommen. In der Bundesrepublik ist der Kommunismus außerhalb der eigenen Gesellschaft als „hinnehmbare Alternative für das nicht hinnehmbare Auschwitz“ angesehen worden, schreiben die Zeithistoriker Eisenfeld und Neubert. Nach wie vor geschieht die Aufarbeitung der SED-Diktatur lückenhaft, teilweise verfälschend und für die Opfer demütigend. Nur dauerhafte Kontrolle des Aufarbeitungsprozesses und öffentliche Verhandlung kann das ändern.

### **SED-Geschichtsfälschung zum 17. Juni 1953**

Am **17.Juni 1953** geriet das SED- Regime das erste Mal an den Rand des Zusammenbruchs. Flächendeckend wurde in der gesamten DDR an diesem und Folgetagen gestreikt, demonstriert oder es wurden örtliche SED-Machtzentralen gestürmt wie in Görlitz und Bitterfeld.

Eine Million Bürger gingen in über 700 Städten und Gemeinden auf die Straßen, 13000 Verhaftungen erfolgten, Etwa 80 Todesopfer forderte die Niederschlagung des Volksaufstands. Im Sommer 2022 wurde in der Ausstellung „Berlin Global“ ein Video über den Volksaufstand am 17. Juni 1953 gezeigt. Darin wird eine Propagandalüge der SED aufgewärmt und behauptet, die DDR-Bevölkerung hätte damals mit einer Protestkundgebung ihre Ablehnung des Aufstands bezeugt. Mit solcherart flächendeckender Geschichtsfälschung und Verbrechensverharmlosung - wobei nur einzelne Fehler, nur einzelnes Unrecht zugegeben werden darf die SED nicht davonkommen. Unrecht muß Unrecht, Verbrechen muß Verbrechen, Lüge muß Lüge genannt werden.

### **10. Demokratiegefährdung durch Antidemokraten**

Der italienische Philosoph Noberto Bobbio, bezeichnete den Wechsel zwischen linksgerichteten und rechtsgerichteten Regierungen in westlichen Demokratien, wenn sie durch freie unmittelbare Wahlen zustande kommen, als normalen demokratischen Vorgang. Eine Grenze sah er darin, Antidemokraten zur Macht zu verhelfen.

Für viele Bürger in Deutschland besteht die Grenze in der politischen Zusammenarbeit mit den Antidemokraten der SED/Linken, die für ihre Verbrechen in der DDR nie zur Verantwortung gezogen wurden. Die sich unter der Tarnkappe „Linke“ versteckende SED ist schuldig, 250 000 Unschuldige politisch inhaftiert, mehr als 33 000 politische Häftlinge per Kopfgeld an den Westen verkauft, mehr als 1000 Grenztote erschossen, 3,5 Mill. Flüchtlinge vertrieben, 500 000 Kinder in DDR Kinderheimen gequält zu haben. Unzählige Opfer des „real existierenden Sozialismus“ leiden noch heute unter den Nachwirkungen des Regimes. Ausgerechnet SED-Antidemokraten werden seit 1994 als Koalitionäre oder Dulder an der Macht beteiligt, stellen Minister, Staatssekretäre Abgeordnete und tun so, als hätten sie mit dem Honecker-Krenz-Modrowschen-Verbrechenssystem nichts zu tun, obwohl sie noch zu DDR Zeiten als SED-Nomenklaturkader die Repressionspolitik mitverantworteten.

Modrow sitzt, obwohl als krimineller Wahlfälscher verurteilt, ganz selbstverständlich im Ältestenrat der Partei, die vor dem Landgericht Berlin bekannte, rechtsidentische SED zu sein, sich nie auflöste und unter dem Label „Linke“ tarnt.

Petra Pau, stellvertretende Bundestagspräsidentin war hoher FDJ- und SED-Nomenklaturkader und im FDJ-Zentralrat u.a. zuständig für die Militarisierung in DDR-Schulen und Kitas. Sie verantwortet persönlich die Militärmanöver „Schneeflocke“, an denen Grundschulkinder teilnehmen und mit Handgranatenattrappen auf den „Klassenfeind“ schießen mußten.

Am wichtigsten ist eine große öffentliche Debatte, die unterschiedliche Meinungen zuläßt - zur Gefährdung des Rechtsstaats, zur Aufhebung der Gewaltenteilung, zur Ideologisierung der Gesellschaft durch Kommunisten und ihre Vasallen. SPD, Grüne und SED/Linke haben das Gemeinwohl aus den Augen verloren, weil sie ihre ideologischen Projekte Klimawandel“, „Windenergie“ „Zerstörung des Nationalstaats“, „Gendern“, Kampf gegen die Familie, ideologische Übergriffe auf die Kinder- gegen den Willen der Bürger auf totalitäre Weise durchsetzen wollen.

### **Bärbel Bohley warnte 1991 im Gespräch mit dem Schriftsteller Chaim Noll**

„... die gründliche Erforschung der Stasi-Strukturen, die Methoden, mit denen sie gearbeitet haben und immer noch arbeiten..- das wird in die falschen Hände geraten. Man wird diese Strukturen genauestens untersuchen, um sie dann zu übernehmen. Man wird sie ein wenig adaptieren, damit sie zu einer freien, westlichen Gesellschaft passen. Man wird Störer auch nicht unbedingt verhaften. Es gibt feinere Möglichkeiten, jemanden unschädlich zu machen. Aber die geheimen Verbote, das Beobachten,..die Angst, das Isolieren und Ausgrenzen, das Brandmarken und Mundtotmachen derer, die sich nicht anpassen, wird wiederkommen-glaube mir. Man wird Einrichtungen schaffen, die viel effektiver arbeiten, viel feiner als die Stasi. Auch das ständige Lügen wird wiederkommen und die Desinformation,....“

Die DDR trug das Wort Demokratie nur im Namen: Deutsche „Demokratische“ Republik. Die SED-Machthaber spielten der Bevölkerung ein Ritual vor, wobei alles nur „demokratisch“ aussehen sollte, sie aber die Macht in der Hand behielten.

***Der Sozialismus ist seinem Wesen nach neidisch, totalitär und terroristisch;  
Der Kommunismus unterscheidet sich davon nur dadurch, daß er diese Züge offen,  
schamlos und grausam zur Schau stellt. (Iwan Iljin- russ. Philosoph)***

Wir Bürger sind aufgefordert, die 1989 mühsam errungene Demokratie und den Rechtsstaat gegen Anfeindungen aller Art und die antidemokratischen „Feinde der offenen Gesellschaft“ (Popper) zu verteidigen. Dazu könnte ein umbenanntes „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ beitragen.

Angelika Barbe  
Berlin, den 17. Oktober 2022